

## **Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in Afrika**

Ein Projekt von Human Rights Watch

In einer Zeit, in welcher der Klimawandel voranschreitet und benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Frauen und indigene Völker besonders unter den Folgen von Umweltschäden zu leiden haben, ist die Verknüpfung zwischen Menschenrechten und Klimawandel zu einer wichtigen Aufgabe geworden. Viele Organisationen und Regierungen haben die Themen Menschenrechte und Umweltzerstörung jedoch bisher unabhängig voneinander betrachtet.

Die Credit Suisse beteiligt sich aktiv an Diskussionen über die Förderung eines nachhaltigeren, klimafreundlicheren Wirtschaftsansatzes. Wir betreiben einen Wissensaustausch mit einer Reihe von Organisationen und suchen nach Möglichkeiten, um mit Expertengruppen wie Human Rights Watch (HRW) zusammenzuarbeiten. HRW möchte die Menschenrechte – insbesondere vor dem Hintergrund des wachsenden umweltbezogenen Missbrauchs – in Afrika schützen. Deshalb hat die Organisation eingehende Untersuchungen zu den unverhältnismässig starken Auswirkungen von Umweltzerstörung und -verschmutzung auf arme und ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen durchgeführt. Um Verstössen gegen diese Menschen entgegenzutreten, übte HRW auf lokaler und globaler Ebene auf Regierungen, Unternehmen, Geber und andere wichtige Akteure Druck aus, damit diese den Schutz der Menschenrechte in ihre Umweltstrategien miteinbeziehen. Im Rahmen dieses Vorstosses arbeiteten sie eng mit lokalen Vertretern der Zivilgesellschaft im Bereich Umweltschutz zusammen, um damit eine effektive Verbesserung der Menschenrechtssituation herbeizuführen.

### **Menschenrechte als zentraler Bestandteil von Klimastrategien**

Im Oktober 2015 veröffentlichte HRW einen ersten [Bericht](#) zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Menschenrechte, in dessen Mittelpunkt die indigene Bevölkerung steht, die rund um den grössten Wüstensee der Welt, den Turkana-See in Kenia, lebt. Die Region ist von den Folgen des Klimawandels betroffen. So bedrohen unter anderem steigende Durchschnittstemperaturen sowie sich verändernde Niederschlagsraten die Lebensgrundlagen der Bewohner – insbesondere der Fischer und Hirtennomaden –, massiv. In Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation (NGO) Friends of Lake Turkana dokumentierte HRW die unverhältnismässig starken Auswirkungen des Klimawandels auf Frauen, indigene Bevölkerungsgruppen, alte Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Aus den Untersuchungen geht hervor, dass der Klimawandel in der Turkana-Region zusammen mit bestehenden Problemen in Bezug auf die politische, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung der einheimischen Bevölkerung den Zugang zu Grundbedürfnissen wie Essen, Trinken, Gesundheit und Sicherheit erschwert hat. Hirten sagten gegenüber HRW, dass aufgrund längerer und häufiger vorkommender Trockenzeiten viele Wasserquellen in der Region vertrocknet sind, sodass die Suche nach Wasser zu einem täglichen Überlebenskampf für die Menschen und ihre Viehherden geworden ist. Frauen und Mädchen sind gezwungen, extrem lange Distanzen zu Fuss zurückzulegen, um in trockenen Flussbetten nach Wasser zu graben. Viele Kinder sind erkrankt, da ihre Familien nicht in der Lage sind, sie mit ausreichend Nahrungsmitteln und sauberem Wasser zu versorgen.

Der Bericht und ein begleitendes [Video](#) wurden Vertretern der kenianischen Zivilgesellschaft, Journalisten sowie internationalen Organisationen und Regierungsvertretern in Nairobi vorgestellt. Offizielle Vertreter der kenianischen Wüstenregion Turkana äusserten sich unmittelbar nach der Präsentation positiv über den Bericht und die Empfehlungen von HRW für die Entwicklungsplanung der Region. Der Bericht wurde von kenianischen und internationalen NGOs, kenianischen Regierungsvertretern sowie UN-Akteuren durchweg als mustergültiges Beispiel für das Vorgehen bei der Untersuchung und Bestimmung der Folgen, die der Klimawandel auf die Menschenrechte von ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen hat, gewürdigt. HRW versucht weiterhin die kenianische

Regierung dazu zu bewegen, die Einhaltung der Rechte auf Nahrung, Sicherheit, Wasser, Gesundheit und Nichtdiskriminierung sowohl in ihrer nationalen Klimastrategie zur Anpassung als auch in den Entwicklungsplänen für die Turkana-Region zu gewährleisten.

### **Schutz der Gemeinden vor den negativen Folgen von Umweltverschmutzung**

Zudem arbeitete HRW an einer Reihe von Projekten zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung und zum Schutz der Gemeinden vor den negativen Folgen. Zunehmende toxische Belastungen durch die Industrialisierung führen dazu, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen unter giftigen Luftschadstoffen und Wasserverschmutzung zu leiden haben und mit tödlichen Krankheiten wie Bleivergiftungen bei Kindern konfrontiert sind. Mit der zunehmenden Industrialisierung haben es die Behörden verpasst, ausreichende Gegenmassnahmen zu ergreifen. HRW hat dokumentiert, wie sowohl Menschen in städtischen Slums als auch in abgelegenen Bergbauregionen gleichermassen unter der Verschmutzung vor Ort leiden. Die Vertreter der Organisation haben sich auf lokaler und globaler Ebene dafür eingesetzt, Aufmerksamkeit für die Problematik in Afrika und anderen Staaten zu wecken. In Kenia wurde 2014 beispielsweise infolge der Veröffentlichung eines [Videos](#) von HRW zur Bleiverschmutzung durch eine Batterie-Recyclinganlage in der Nähe von Mombasa eine behördliche Untersuchung eingeleitet. Des Weiteren begann HRW im Sommer 2015 mit einer weiteren Untersuchung zu den gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen durch die Förderung nicht erneuerbarer Energiestoffe in Malawi. Mithilfe der Untersuchungsergebnisse wird sich HRW dafür einsetzen, dass Menschenrechtsstandards in die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen der Regierung für die Rohstoffindustrie aufgenommen und umgesetzt werden.

### **Aufnahme der Menschenrechte in das globale Klimaabkommen**

Der HRW-Bericht zu Turkana erwies sich im Vorfeld des UN-Klimagipfels in Paris im Dezember 2015 (COP21) als entscheidendes Mittel, um gemeinsam mit anderen Regierungen und Gebern die Aufnahme der Menschenrechte in ein globales Klimaabkommen auf den Weg zu bringen. Auf diesem Gipfel kamen Vertreter von 195 Staaten und der europäischen Union zusammen, um über ein globales Klimaabkommen zu verhandeln. In Zusammenarbeit mit einer starken Koalition zivilgesellschaftlicher Gruppen verwendete HRW die Ergebnisse aus Kenia, um Teilnehmende von Vorverhandlungsrunden und Vertretern von Regierungen sowie Umweltaktivisten für das Thema zu sensibilisieren und diese dazu zu bringen, Menschenrechte in das künftige Abkommen zu integrieren. Hauptziel von HRW war es, dass im Abkommen anerkannt wird, dass der Schutz der Menschenrechte für eine erfolgreiche Antwort auf den Klimawandel entscheidend ist, und dass bei der Überprüfung von Minderungs- und Anpassungsmassnahmen Mechanismen eingeführt werden, die Transparenz und Rechenschaftspflicht garantieren. Beim Abschluss des Gipfels wurden die Bemühungen belohnt: das Abkommen enthält einen Absatz, in dem Staaten dazu aufgerufen werden, Menschenrechte im Rahmen ihrer Antwort auf den Klimawandel zu achten und zu fördern. Speziell in seiner Präambel erkennt das neue Klimaabkommen an, «dass die Klimaveränderungen die ganze Menschheit mit Sorge erfüllen» und dass die Vertragsparteien Menschenrechte, wie unter anderem das Recht auf Gesundheit, und die Rechte von indigenen Völkern sowie von «Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen», «achten, fördern und berücksichtigen» sollen. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass die Menschenrechte in einem globalen Klimaabkommen Erwähnung finden. Die Aufnahme der Menschenrechte in das Abkommen bietet HRW ein wichtiges Werkzeug für die Zusammenarbeit mit Regierungen bei der Erhaltung der Umwelt und somit zum Schutz von Menschen.